

# Hinweis zu den Lieferziehungen zwischen Aurubis und dem Kupferbergbauunternehmen Minera Panamá/First Quantum Minerals im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

## Hinweisgebende Organisationen:

Romero Initiative (CIR)

Ansprechpartner: Christian Wimberger, [wimberger@ci-romero.de](mailto:wimberger@ci-romero.de)

Schillerstraße 44a

48155 Münster

Centro de Incidencia Ambiental (CIAM)

XFMP+425 Edificio de la Fundación para el Desarrollo de la Libertad Ciudadana, C. 59 Este,  
Panama City

## Zusammenfassung

- Im Oktober und November 2023 demonstrierten in Panama tausende Menschen gegen die Kupfererzmine Cobre Panamá des kanadischen Bergbaukonzerns First Quantum Minerals. Das Oberste Gericht erklärte daraufhin den im Oktober 2023 abgeschlossenen Konzessionsvertrag zwischen dem Staat Panama und dem Bergbauunternehmen für verfassungswidrig und ordnete die Schließung der Mine an.
- Aurubis bezog nach Recherchen der Romero Initiative bis Ende 2023 Kupfererzkonzentrat von Minera Panamá S.A., der Tochtergesellschaft von First Quantum Minerals. Aurubis bestätigte diese Lieferbeziehungen der Romero Initiative.
- Minera Panamá S.A. betrieb die Kupfermine seit mindestens 2021 ohne Konzessionsvertrag, da das Oberste Gericht den Konzessionsvertrag von 1997 für verfassungswidrig erklärte. Aurubis importierte also Kupfererzkonzentrat von einem Bergbauprojekt am Rande der Legalität mitten in einem Naturschutzgebiet.
- Minera Panamá S.A. verschmutzte mehrmals Gewässer, die die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung gewährleisten. Die Gewässer könnten langfristig mit Schwermetallen kontaminiert sein. Viele Anwohner\*innen wagen es nicht mehr, das Wasser zu trinken. Es liegt eine Verletzung des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vor, da der Zugang der Bevölkerung nach Paragraph 2 Absatz Nr. 9 erheblich durch das Bergbauprojekt eingeschränkt wurde.
- Aurubis ignorierte das erhebliche Konfliktpotential der Mine und des Konzessionsprozesses, das sich in Protesten und staatlicher Repression entlud. Im Zuge der Auseinandersetzungen und unverhältnismäßiger Polizeigewalt starben fünf Menschen. Zahlreiche weitere Menschen wurden verletzt oder willkürlich verhaftet. Es könnte eine Verletzung des Paragraphen 2 Absatz 1 Nr. 11 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vorliegen, nach dem aufgrund der Nutzung staatlicher oder privater Sicherheitskräfte keine Menschenrechtsverletzungen begangen werden dürfen.

- Auch nach der Schließung der Mine birgt das Projekt weiterhin erhebliche Gefahren für die Umwelt und die Sicherheit der Anwohner\*innen. Einer aktuellen Studie des Environmental Law Alliance Worldwide (ELAW) besteht das Risiko, dass ein mit Bergbaurückständen befülltes Rückhaltebecken brechen und eine Umweltkatastrophe verursachen könnte.

Sehr geehrte Damen und Herren,

dieser Hinweis im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bezieht sich auf die Verletzung der Sorgfaltspflichten von Aurubis im Rahmen der Lieferbeziehungen des Unternehmens mit dem Betreiber der Kupfermine Cobre Panamá in Panama. Er wurde gemeinsam von der Menschenrechtsorganisation Romero Initiative (CIR) und der panamaischen Umweltorganisation CIAM erarbeitet. Wir bitten Sie darum, in diesem Fall aktiv zu werden und der Romero Initiative (CIR) über die Ergebnisse der Prüfung und der Kommunikation mit Aurubis zu berichten. CIAM steht im Austausch mit vielen betroffenen Menschen in Panama und würde sie gerne über die Prüfung des BAFA in Kenntnis setzen. Aus verschiedenen Gründen war es aber hier nicht möglich, eine Person namentlich zu nennen.

## 1. Einleitung

Im Oktober und November 2023 entzündeten sich an einem neuen Vertrag, den die Regierung des Präsidenten Laurentino Cortizo und die Tochtergesellschaft des kanadischen Bergbaukonzerns First Quantum Minerals unterzeichneten und das Parlament am 20. Oktober 2023 verabschiedete, landesweite Proteste. Der Vertrag hätte die Extraktion von Kupfer, Gold und Silber auf 13.000 Hektar mitten im Mesoamerikanischen Biokorridor legalisiert. Zuvor hatte das Bergbauunternehmen Minera Panamá seit 2019 Kupfererz ohne einen gültigen Konzessionsvertrag abgebaut und dabei Umweltschäden im Naturschutzgebiet verursacht. Tausende Menschen demonstrierten aufgrund der Intransparenz des Vertragsprozesses und des Inhalts des Vertrags gegen das Bergbauprojekt. Die Polizei reagierte äußerst repressiv auf die Proteste. Es kam zu willkürlichen Verhaftungen von Studierenden, Umweltaktivist\*innen, Indigenen und Gewerkschafter\*innen sowie unbeteiligten Personen. Die Repression führte zu hunderten Verletzten. Im Zusammenhang mit den Protesten wurden fünf Menschen getötet. Ein Bericht über die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit der Repression gegen die Protestierenden bescheinigt dem Unternehmen eine Mitverantwortung. First Quantum Minerals habe zusammen mit der Regierung, Medien, der Polizei und Unternehmensgruppen den Hass zwischen Befürworter\*innen und Gegner\*innen des Bergbaus befördert.<sup>1</sup> Am 28.11.2023 erklärte das Oberste Gericht die Mine für verfassungswidrig und ordnete die Schließung an. Die Tochtergesellschaft des kanadischen Bergbaukonzerns First Quantum Minerals operiert aber nie legal, denn das Oberste Gericht erklärte das Bergbauprojekt 2017 für verfassungswidrig. Minera Panamá konnte nur operieren, da die Regierung das Gerichtsurteil ignorierte.

---

<sup>1</sup> Vgl. Chandiramani, Rekka/Benjamín, Ana Teresa (2024): Nuevo informe concluye que se violaron derechos humanos y de protesta durante las protestas contra la minería en Panamá, resumen ejecutivo: [https://miningwatch.ca/sites/default/files/resumenejecutivo\\_panama\\_esp.pdf](https://miningwatch.ca/sites/default/files/resumenejecutivo_panama_esp.pdf)

Aurubis hatte laut eigenen Angaben im Nachhaltigkeitsbericht seit einigen Jahren Kupfererzkonzentrat aus Panama importiert. Laut dem Statistischen Bundesamt importierte Deutschland im Jahr 2023 über 81.000 Tonnen Kupfererz im Wert von 151.219.000 Euro aus Panama. Da es sich bei dem Bergbauprojekt Cobre Panamá um die einzige Kupfererzmine in Panama handelt, konfrontierte die Romero Initiative Aurubis im Januar 2024 mit den Konflikten und der Umweltzerstörung im Naturschutzgebiet Mesomamerikanischer Biokorridor. In der E-Mail wurden folgende Fragen gestellt:

- Sind Ihnen die Missstände bekannt? Wenn ja, wann haben Sie davon erfahren? Welche Ergebnisse hat Ihre Risikoanalyse im Rahmen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes, insbesondere in Bezug auf die genannten Punkte ergeben?
- Welche Präventions- und Abhilfemaßnahmen haben Sie in Bezug auf mögliche Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes ergriffen?
- Planen Sie die Gemeinden dafür zu entschädigen, dass Sie von einer illegalen Mine, die Umweltschäden verursacht und Konflikte ausgelöst hat, Erze bezogen haben?
- Warum machen Sie Ihre Lieferkette nicht transparent? Wann werden Sie Ihre Lieferkette offenlegen?

Aurubis antwortete am 10.02.2024 auf die E-Mail der Romero Initiative. Das Unternehmen räumte ein, bis zur Schließung der Mine im November 2023 Lieferbeziehungen mit Minera Panamá unterhalten zu haben. Auch erkannte Aurubis die menschenrechtliche und umweltbezogenen Risiken im Zusammenhang mit der Mine an. Aurubis werde nach einer Prüfung der Gewässer- und Bodenqualität über weitergehende Maßnahmen entscheiden, einschließlich eines möglichen Konzepts zur Beendigung aufgetretener Pflichtverletzungen. Aufgrund der eingestellten Lieferbeziehung habe Aurubis aktuell wenig Handhabe auf den Minenbetreiber einzuwirken. Des Weiteren sieht Aurubis vor allem den Minenbetreiber sowie ggf. die örtlichen Behörden in der Verantwortung für die Mine.

Am 15.02.2024 konfrontierte der Umweltaktivist Cholo García aus Panamá zusammen mit der Romero Initiative und dem Dachverband der Kritischen Aktionäre Aurubis auf der Hauptversammlung mit dem Fall. Außerdem lancierte die Romero Initiative in Abstimmung mit Organisationen in Panamá eine Protestpostkartenaktion, in der folgende Forderungen an Aurubis gestellt werden:

- Die Geschäftsbeziehungen mit der Mine zu beenden
- Als Entschädigung für die Geschäftsbeziehungen mit einer Mine, die am Rande der Legalität in einem Naturschutzgebiet operierte, saubere Wasserquellen und umfassende Gesundheitschecks für die betroffene Bevölkerung zu finanzieren.
- Die Lieferkette offenzulegen, um Beschwerdeverfahren für Betroffene zu ermöglichen

Im Mai 2024 erkundigte die Romero Initiative sich erneut per E-Mail bei Aurubis, ob das Unternehmen bereits Abhilfemaßnahmen ergriffen habe. Aurubis antwortete, dass dem Unternehmen keine neuen Erkenntnisse bezüglich der behördlichen Prüfung der Boden- und Wasserqualität vorlägen. Aurubis verwies die CIR auf einen unabhängigen Audit-Bericht, der der Mine 100%-Konformität mit den aus der Umweltverträglichkeitsprüfung abgeleiteten Verantwortlichkeiten bescheinigte.<sup>2</sup> Aurubis werde „die weiteren Entwicklungen in Bezug auf die Mine verfolgen und entsprechend seinem Bekenntnis zur Nachhaltigkeit in der Lieferkette und seiner Verpflichtungen aus

---

<sup>2</sup> Vgl. Cobre Panamá: Octavo Informe semestral de Seguimiento Ambiental del Proyecto “Mina de Cobre Panamá”: <https://transparenciacobrepanama.com/wp-content/uploads/2024/05/audit-8-cobre-panama.pdf>

dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) angemessen auf relevante menschen- und umweltrechtliche Verletzungen reagieren“.

Da Aurubis bis jetzt über keine Maßnahmen berichtete, entschieden wir uns eine Beschwerde beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle einzureichen. Wir gehen davon aus, dass Aurubis seine Sorgfaltspflichten verletzt, da Aurubis

- Kupfererz in hohen Mengen von Minera Panamá importiert hat, obwohl das Bergbauprojekt über keine Konzession verfügt und am Rande der Legalität operierte
- Auf öffentliche Berichte über Umweltverschmutzungen, die Menschenrechtsverletzungen nach Paragraph 2 Absatz 2 Nr. 9 LkSG nach sich ziehen können, offensichtlich keine Abhilfemaßnahmen folgen ließ.
- Keine Präventions- oder Abhilfemaßnahmen in Bezug auf die Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Repression gegen die Bergbaugegner\*innen erkennen ließ.

Da Aurubis aber seit 2023 verpflichtet ist, das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz umzusetzen, hätte Aurubis auf Menschenrechtsverletzungen mit konkreten Abhilfemaßnahmen reagieren müssen.

Außerdem erhält der Fall zusätzliche Brisanz, da die panamaische Umweltorganisation in einem Bericht auf die Umweltgefahren im Zusammenhang mit einem mit Bergbaurückständen befüllten Rückhaltbecken auf Umweltrisiken hinweise. Aufgrund der Instabilität des Damms drohe eine vergleichbare Umweltkatastrophe wie 2019 in Brumadinho in Brasilien.<sup>3</sup> Der Bericht könnte Hinweise darauf geben, dass Aurubis bereits 2023 keine ausreichenden Präventionsmaßnahmen zur Verhinderung von Umweltkatastrophen umgesetzt hat.

Im Folgenden stellen wir zunächst dar, dass Aurubis Kupfererz von Bergbauunternehmen importiert, das ohne Konzessionsvertrag, also illegal oder zumindest am Rande der Legalität, in einem Naturschutzgebiet operierte. Im Anschluss daran zeigen wir auf, warum aus unserer Sicht Aurubis Paragraphen 2 Absatz 9 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes verletzte, indem das Unternehmen mögliche Folgen von Umweltverschmutzung durch die Mine auf die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser und ihre Gesundheit ignoriert. Außerdem zeigen wir auf, dass Aurubis das Konfliktpotential um die Mine sowie des Prozesses für die Abschließung eines Konzessionsvertrags zwischen dem Staat Panamá und Minera Panamá ignoriert, das schließlich zu Gewalt und Menschenrechtsverletzungen führt. Daran anschließend stellen wir anhaltende umweltbezogene Risiken des aktuell geschlossenen Bergbauprojekts dar. Schließlich ziehen wir aus den Befunden Schlussfolgerungen und formulieren Forderungen in Bezug auf die Sorgfaltsmaßnahmen von Aurubis

## **1. Missachtung des Urteils des Obersten Gerichts von 2017 und Fortführung der Abbauarbeiten ohne Konzessionsvertrag**

2017 erklärte das Oberste Gericht Panamas das Gesetz 7 vom 25 Februar 1997, mit dem die Regierung eine Abbaukonzession an die Tochtergesellschaft des Bergbaukonzerns First Quantum Minerals Minera Panamá für das Bergbauprojekt „Cobre Panamá“ vergeben hatte, für verfassungswidrig. Laut dem Urteil verletzte das Gesetz die Artikel 17, 32, 159, 257 und 266 der Verfassung. Artikel 17 sieht z. B. vor, dass die Autoritäten der Republik das Leben, die Ehre und die Güter der Staatsbürger schützen müssen.<sup>4</sup> Minera Panamá hat mindestens seit Dezember 2021, als

<sup>3</sup> Vgl. Prensa Latina: Expertos alertan sobre riesgos ambientales en Minera Panamá, 12.12.2024: <https://www.prensa-latina.cu/2024/12/12/ambientalistas-alertaron-sobre-riesgos-ambientales-en-minera-panama/>

<sup>4</sup> Vgl. Gaceta Oficial República de Panamá, 22.12.2021, S. 38: [Gaceta Oficial Digital](#)

das Urteil zur Verfassungswidrigkeit des Konzessionsvertrag in der Offiziellen Gazette der Republik von Panama veröffentlicht wurde, ohne Konzessionsvertrag operiert.<sup>5</sup> Einer anderen Interpretation zufolge operiert das Unternehmen sogar seit dem 18. Dezember 2018 ohne Vertrag, als das Urteil bekanntgegeben wurde. Das Unternehmen legte wiederum im Jahr 2018 über seine gesetzlichen Vertreter eine Reihe von offensichtlich unbegründeten und verzögernden Rechtsmitteln ein (vier Schriftsätze: Antrag auf Nichtigkeit des gesamten Verfahrens, Klarstellung und Stellungnahme zu ausgelassenen Punkten, Hinweis auf Verfassungswidrigkeit und Antrag auf Überprüfung), um das Urteil des Obersten Gerichtshofs anzufechten. Diese wurden von dem Gericht nach vier Jahren, im Jahr 2021, als unzulässig abgewiesen, woraufhin das Urteil veröffentlicht wurde. Am 15. Dezember 2022 erkannte die Regierung durch die Kabinettsresolution Nr. 144 zum ersten Mal an, dass das Bergbauprojekt über keinen Vertrag verfügte. Sie ordnete die Ministerien für Handel und Industrie, Umwelt und Arbeit an, die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Gerichtsurteil umzusetzen. Insbesondere wurde der Minister für Handel und Industrie angewiesen, „die administrativen Maßnahmen zu ergreifen (...), um Minera Panamá, S.A. anzuordnen, einen Plan zur Erhaltung und sicheren Verwaltung (Pflege und Instandhaltung) zu erstellen und umzusetzen (...), sowie alle anderen Maßnahmen oder Anordnungen zu treffen, die notwendig sind, um das im Urteil zur Verfassungswidrigkeit vom 21. Dezember 2017 Beschlossene umzusetzen“. Die Ministerien ignorierten diese Anordnung. Auch Minera Panamá nahm weder das Gerichtsurteil noch die Kabinettsanordnung zum Anlass, die Abbauarbeiten in der Mine zu beenden. Diese aus allen Blickwinkeln abnormale Situation, in der große Extraktionsarbeiten ohne ein Vertragsverhältnis zwischen dem Staat und einer privaten Gesellschaft von statten gingen, wurde wiederholt von Organisationen der Zivilgesellschaft Panamas kritisiert. Ohne Vertrag hat das Unternehmen am Rande des Gesetzes operiert. Hinzu kommt, dass nach Angaben des Umweltministeriums gegenüber dem Obersten Gericht die Mine 2022 und 2023 keiner Umweltprüfung durch das Umweltministerium unterzogen wurde. Der Organisation CIAM zufolge stellt das eine Verletzung der Sorgfaltspflichten des Staates dar.

Auch Aurubis hat diese Tatsache allem Anschein nach ignoriert, da Aurubis 2023 weiterhin Kupfererz aus der Mine importierte. In diesem Jahr musste Aurubis aber bereits das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz umsetzen. Eine Internetrecherche durch Aurubis hätte ausgereicht, um herauszufinden, dass das Minera Panamá am Rande der Legalität operierte.<sup>6</sup>

Dass Aurubis die fehlende Rechtsgrundlage der Mine ignorierte, wiegt besonders schwer angesichts der Tatsache, dass sie sich innerhalb eines Naturschutzgebietes befindet, nämlich in der 2009 eingerichteten Área de Recursos Manejados de Donoso y Omar Torrijos. An die Mine grenzen weitere Schutzgebiete, die von Umweltauswirkungen der Bergbautätigkeiten betroffen sein können. Der gesamte Minenkomplex befindet sich außerdem innerhalb des transnationalen Naturschutzsystems Mesoamerikanischen Biokorridor. Der Umweltauswirkungsstudie des Bergbauprojekts zufolge befindet sich das Bergbauprojekt „im größten zusammenhängenden Gebiet des intakten immergrünen Tiefland-Regenwaldes mit saisonalem Laubwechsel im westlichen Teil Panamas“.

---

<sup>5</sup> Vgl. Ebd.

<sup>6</sup> Zum Beispiel: Pressekonferenz der Bewegung “Panamá Vale Más sin Minería” am 27.05.2021: <https://www.youtube.com/watch?v=4V7DRCOLbf0>; Berna, Adriana: Susana Serracin: Operación minera sin contrato es un desacato abierto a la Corte Suprema, La Estrella de Panamá, 13.12.2022: <https://www.laestrella.com.pa/panama/nacional/susana-serracin-operacion-minera-contrato-EFLE482723>; Bolívar Pedreschi, Carlos: Minera no tiene contrato, La Estrella de Panamá, 03.02.2023: <https://www.laestrella.com.pa/panama/nacional/minera-contrato-PFLE485486>.

## 2. Verletzungen des Paragraph 2 Absatz 2 Nr. 9 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

In den letzten Jahren wurden immer wieder Verletzungen des Umweltrechts durch das Minenbetreiberunternehmen festgestellt, die nach Paragraph 2 Absatz 1 Nr. 9 LkSG zu langfristigen negativen Auswirkungen auf den Zugang der Menschen zu einwandfreiem Trinkwasser, ihrer natürlichen Grundlagen zum Erhalt und der Produktion von Nahrung, sowie ihrer Gesundheit führen könnten.

Das Umweltministerium stellt in seinem technischen Bericht Nr. 031-20 über die Inspektion vom 27., 28. und 30. Juli 2020 ein massives Fischsterben fest:

„Die Bewohner berichteten, dass sie am Sonntag, dem 26. Juli 2020, gegen 16:30 Uhr eine große Anzahl sterbender Fische und Garnelen im Wasser beobachteten. Daraufhin wurde eine Inspektion entlang der Wasserquellen durchgeführt, bei der tote Sardinen, Garnelen und ausgewachsene Fische entlang der gesamten inspizierten Strecke im Wasser entdeckt wurden. Zu den Personen, die das Fischsterben beobachteten, gehören Alcibíades Gonzales, Ricardo Quirós, Gregorio Gonzales sowie weitere, die aus Gründen der Vertraulichkeit ihre Namen nicht nennen wollten. Sie erwähnten auch, dass dies das zweite Mal sei, dass es zu einem Fischsterben in dem genannten Fluss gekommen sei.

Während der Inspektion war außerdem eine Ansammlung von grauem Sediment auf den Steinen im Fluss zu sehen.

Später begaben wir uns zur Brücke von San Benito, wo wir mit Ricardo Quirós sprachen. Er erklärte, dass die Gemeinschaft über das Fischsterben besorgt sei und dies auf das Projekt Minera Panamá zurückzuführen sei, dass Sedimente aus einer Deponie, die flussaufwärts des Río Brazo liegt, in den Fluss ableitet. Auch an der Brücke über den Río Botija wurden tote Fische sowie graue Sedimentablagerungen auf den sichtbaren Steinen im Wasser beobachtet.“<sup>7</sup>

Das Umweltministerium stellt in dem Bericht fest, dass die Sedimente von der Region des Tagebaus ausgingen. Diese Tatsache stelle ein Vergehen gegen die Umweltverträglichkeitsstudie dar, da die Abwässer nicht behandelt wurden.

Die Tageszeitung Prensa hatte Einsicht in Dokumente des Umweltministeriums, nach denen Minera Panamá bis 2019 209 Umweltrechtsverstöße beging. Diese hatten vor allem Auswirkungen auf die Gewässer aufgrund der „Ineffizienz der Maßnahmen im Zusammenhang mit der Sedimentierung und Erosion in der Mine“.<sup>8</sup>

Es besteht die Gefahr, dass die in die Flüsse gelangten Abwässer giftige Schwermetalle enthalten und die Gesundheit der Bewohner\*innen der Gemeinden im Umfeld der Mine langfristig gefährden. Viele Gemeindemitglieder wagen es deshalb nicht mehr, das Wasser der Flüsse zu nutzen. Vor den Bergbautätigkeiten hatten die Kleinbäuer\*innen und Fischer\*innen das Wasser zum Trinken, Kochen und Waschen verwendet. Menschen, die das Wasser weiterhin benutzen, leben mit der Angst zu erkranken. Der Zugang zu sauberem Trinkwasser, den das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz in Paragraph 2 Absatz 1 Nr. 9 nennt, wurde durch das Bergbauprojekt erheblich eingeschränkt.

---

<sup>7</sup> Ministerio de Ambiente, República de Panamá: Informe técnico No. 031-20: <https://cdn.corprensa.com/la-prensa/uploads/2024/01/09/Contaminacion%20ambiental.pdf> (Eigene Übersetzung)

<sup>8</sup> Vgl. Prensa: Mina de cobre causó 209 danos ambientales, 27.12.2021: <https://www.prensa.com/imprensa/panorama/mina-de-cobre-causo-209-danos-ambientales/>

Selbst wenn das Bergbauprojekt geschlossen wird, bestehen die Umweltprobleme für die betroffenen Gemeinden fort. Die Mine hat Ewigkeitsschäden verursacht. Z. B. könnten noch in Jahrzehnten giftige Schwermetalle in Gewässer gelangen. Die eigenen Kontrollen der Qualität von unterirdischen Wasservorkommen durch das Bergbauunternehmen deuten darauf hin, dass Wasserverschmutzung durch Acid Mine Drainage ein anhaltendes Problem ist. So lag eine pH-Messung im Februar 2023 mit 5,4 außerhalb des zulässigen Rahmens von 5,5 bis 8,5. Laut einer aktuellen Studie von ELAW sei der Schluss des Unternehmens, die gemessenen Wasserqualitäten lägen allesamt innerhalb des zulässigen Rahmens, schlicht falsch.<sup>9</sup> Die Gemeindemitglieder wissen nicht, ob sich diese Metalle bereits in ihrem Blut befinden und welche gesundheitlichen Auswirkungen das für sie haben wird. Damit die Anwohner\*innen Gewissheit über die Wasserqualität und mögliche gesundheitliche Gefährdungen haben, muss dringend ein dauerhaftes System zur Überwachung der Wasserqualität der Flüsse und unterirdischen Quellen eingerichtet werden. Ihnen muss sauberes Trinkwasser zur Verfügung gestellt werden. Außerdem muss die Gesundheit der Bevölkerung langfristig durch spezialisierte Ärzt\*innen überwacht werden.

### 3. Missachtung des Konfliktpotentials der Mine durch Aurubis

Das Kupferbergbauprojekt Cobre Panamá barg seit Jahren erhebliches Konfliktpotential. Dieses wurde durch den Prozess der Vertragsschließung zwischen der Regierung und dem Bergbauunternehmen im Jahr 2023 nochmals gesteigert und entlud sich schließlich in Protesten und gewaltsamer staatlicher Repression. Der Bericht über die Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang den Protesten gegen die Kupfermine von Rekha Chandiramani y Ana Teresa Benjamín M wirft eine Reihe von Fragen über die offensichtlichen Ungereimtheiten bei den Beziehungen zwischen dem Staat und dem Bergbauunternehmen auf:

„Wie ist es First Quantum gelungen, mit den Exporten zu beginnen, ohne dass ein Vertrag in Kraft war? Warum hat die panamaische Regierung den Export von Mineralien erlaubt, ohne dass ein Vertrag mit dem Unternehmen in Kraft war? Wie haben die panamaischen Abgeordneten im Jahr 2023 einen Vertrag gebilligt, der laut Urteil des Obersten Gerichtshofs vom 27. November 2023 25 Verstöße gegen die panamaische Verfassung enthielt? Wie haben die lokalen Anwälte und Sprecher des Unternehmens in Panama die panamaische Regierung dazu gebracht, der Unterzeichnung eines Vertrags zuzustimmen, der 25 Verstöße gegen die Verfassung enthielt, und diesen als ihren eigenen zu bewerben?“<sup>10</sup>

Nach einer Analyse des Falls hätte Aurubis zu dem Schluss kommen können, dass die andauernde Missachtung rechtsstaatlicher Verfahren und Prinzipien durch die Regierung und das Bergbauunternehmen Proteste sowie Repression als Antwort darauf wahrscheinlich machten. **Es stellt sich die Frage, wie Aurubis das Konfliktpotential einschätze und welche Präventionsmaßnahmen das Unternehmen ergriff, um einer Gefährdung von Leib oder Leben von Menschen durch staatliche und private Sicherheitskräfte nach Paragraph 2 Absatz 2 Nr. 11 LkSG vorzubeugen.**

Die Proteste entzündeten sich an dem Abschluss des Konzessionsvertrags zwischen dem Staat Panama und dem Bergbauunternehmen Minera Panamá S.A., der u. a. weitgehende Abtretungen von Souveränitätsrechten an die Filiale von First Quantum Minerals beinhaltet. Das Parlament verabschiedete das Gesetz für den Konzessionsvertrag in einem Expressverfahren am 20. Oktober

---

<sup>9</sup> Vgl. ELWA (2024), S. 8 – 10.

<sup>10</sup> Chandiramani, Rekka/Benjamín, Ana Teresa (2024): Vulneraciones y violaciones a DD. HH., abusos e incidentes registrados en el marco de las protestas contra el contrato minero en Panamá, S. 11: [https://miningwatch.ca/sites/default/files/informe\\_protestasantimineras\\_panama.pdf](https://miningwatch.ca/sites/default/files/informe_protestasantimineras_panama.pdf)

und ignorierte dabei Forderungen großer Bevölkerungsteile vollständig.<sup>11</sup> Die landesweiten Proteste fanden vor allem zwischen dem 16. Oktober und dem 28. November 2023 statt. Die Demonstrierenden errichteten Straßensperren in zehn Provinzen des Landes und führten Protestmärsche in Panama Stadt durch. Die Polizei ging repressiv gegen Demonstrierenden vor. Sie setzte u. a. Tränengasbomben ein, deren Verfallsdatum deutlich überschritten war und die deshalb noch gefährlicher waren. Außerdem kam es zu übertriebener Gewaltanwendung durch die Polizei. Die Defensoría del Pueblo listet diese Folgen der Repression auf:<sup>12</sup>

- Über 100 Personen wurden durch Tränengasbomben verletzt.
- Fünf Personen verloren durch die Polizeigewalt teilweise oder komplett das Augenlicht.
- Fünf Personen starben im Zuge der Proteste und der Repression: zwei durch Zusammenstöße, eine Person in der Provinz Colón, wo sich die Mine befindet, eine in der Provinz Chiriquí; eine Person durch körperliche Erschöpfung in Chiriquí. Zwei Personen wurden in der Provinz Panamá Oeste durch Kenneht Darlington ermordet.
- Es kam zu Vandalismus, Gewalt, Drohungen und Hassbotschaften.
- Es kam zu wirtschaftliche Verluste und Schäden am öffentlichen Eigentum.
- Es gab Auseinandersetzungen zwischen Protestierenden und Nicht-Protestierenden.

Dem Menschenrechtsbericht von Chandiramani und Benjamín M. zufolge ist davon auszugehen, dass die Zahl der Verletzten aufgrund von Geschossen, Gummischossen, Tränengas und Schlägen über 100 liegt. Der Bericht hebt außerdem 1.274 Verhaftungen, viele davon willkürlich und illegal (u. a. 155 Minderjährige), Fälle der Kriminalisierung und mediale Hetze hervor. Von den Menschenrechtsverletzungen waren vor allem Indigene, Kleinbäuer\*innen und Jugendliche betroffen. Laut dem Bericht kam es insbesondere zu Fällen von rassistischer Behandlung und Gewalt gegen Angehörige der indigenen Völker der Ngäbes und Buglés.<sup>13</sup> Viele Menschenrechtsverletzungen sind staatlichen Akteuren zuzuschreiben. Aber auch First Quantum Minerals, die Tochtergesellschaft Minera Panamá S.A. und Kupererz-Importeure wie Aurubis sind für das Konfliktgeschehen mitverantwortlich. Schließlich operierte das Bergbauunternehmen jahrelang ohne Konzessionsvertrag und beanspruchte durch den Vertragsschluss 2023 weitgehende Souveränitätsrechte, was große Teile der Bevölkerung Panamas als neokolonial empfanden.<sup>14</sup>

Diese Befunde, die Aurubis jeder Zeit der nationalen Presse hätte entnehmen können, werfen erhebliche Zweifel auf, ob die Lieferbeziehungen von Aurubis mit dem Bergbauunternehmen mit den menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten vereinbar waren.

**Mit Blick auf die Sorgfaltspflichten von Aurubis stellen sich folgende Fragen: Zu welchen Einschätzungen über das Konfliktgeschehen kam Aurubis im Oktober und November 2024? Welche Abhilfemaßnahmen setzte Aurubis um, um die staatliche Repression und die Konflikte zu minimieren? Nutzte Aurubis seinen Einfluss auf First Quantum Minerals und Minera Panamá S.A., um Maßnahmen gegen die Gewalteskalation einzufordern?**

#### **4. Anhaltende menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken der Kupfermine**

---

<sup>11</sup> Vgl. Subinas, Jon (2023): Panamá se levanta contra la minería, Nueva Sociedad: <https://nuso.org/articulo/panama-se-rebela-contra-la-gran-mineria/>

<sup>12</sup> Vgl. Chandiramani, Rekka/Benjamín, Ana Teresa (2024), S. 19 – 20.

<sup>13</sup> Vgl. Ebd. S. 40

<sup>14</sup> Vgl. Subinas, Jon (2023).



Das Bergbauprojekt birgt auch in Zukunft erhebliche Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Anwohner\*innen. Am 09.12.2024 veröffentlichte das Wissenschaftsteam der Environmental Law Alliance Worldwide (ELAW) im Auftrag der panamaischen Organisation CIAM einen Bericht über die aktuelle Umweltsituation im Zusammenhang mit der Mine. Zunächst wird in dem Bericht kritisiert, dass die halbjährlichen Berichte, die Minera Panamá an das Umweltministerium übermittelt, zwar eine Fülle von Daten wiedergeben, aber daraus ohne eine tiefgehende Expertise und viel Zeitaufwand kein anschauliches Bild über die Entwicklung der Umweltsituation hervorgeht. Aurubis verwies im Antwortschreiben an die CIR vom Juni 2024 auf den achten Auditbericht, nach dem die Verpflichtungen der Umweltverträglichkeitsstudie zu 100 Prozent erfüllt worden seien. Der Bericht selbst enthält jedoch Hinweise auf erhebliche Umweltgefahren. So weist die Studie von ELAW darauf hin, dass der achte Bericht des Unternehmens die Information enthält, dass keiner der Inklinometer zur Überwachung des Rückhaltebeckens in Betrieb ist. Auch der neunte Bericht des Unternehmens informiert darüber, dass von fünf Inklinometer nur zwei in Betrieb seien, die restlichen seien beschädigt.<sup>15</sup> Inklinometer sind ein zentrales Element des Tailings Managements, also zur Überwachung der Sicherheit von Rückhaltebecken für Bergbaurückstände. Die Gefahr eines Dammbrochs besteht laut ELWA an der Nordwand aufgrund von Erosion und Durchsickerung.<sup>16</sup> Das Tailings Management ist eine wichtige Verpflichtung des Bergbauunternehmens in der Umweltverträglichkeitsstudie. Die Studie von ELAW fasst die Situation zusammen:

“The ongoing failure of MPSA to operate an adequate number of inclinometers for detecting any changes in position of the embankment of a TMF in good working condition constitutes a threat to public safety, a violation of the Global Industry Standard on Tailings Management, and by operation of Resolución DIEORA 0871 del 5 de diciembre de 2013, a violation of the laws of Panama.”<sup>17</sup>

Außerdem gehe laut ELAW aus den Monitoringberichten hervor, dass das Bergbauunternehmen das Porenwasser der Abfallgesteinshaufen und des Rückhaltebeckens zur Früherkennung von Acid Mine Drainage nicht überwache. Diese Unterlassung verletze die Umweltgesetze Panamas.<sup>18</sup> Bei einer Pressekonferenz zur Vorstellung der ELAW-Studie warnte die Expertin in Umweltrecht Joana Ábrego von CIAM davor, dass angesichts der nachlässigen Sicherheitspolitik von Minera Panamá eine Umweltkatastrophe drohe, wie sie sich nach dem Dammbbruch in einer Eisenerzmine in der Nähe der brasilianischen Stadt Brumadinho 2019 ereignete, die mindestens 270 Todesopfer zur Folge hatte.<sup>19</sup>

Es stellt sich hier die Frage, wie die Unternehmensberichte angesichts dieser gravierenden Sicherheitslücke zu der Einschätzung kommen können, dass alle Umweltverpflichtungen umgesetzt wurden. Außerdem kann hier bezweifelt werden, dass Aurubis den achten Unternehmensbericht, den Aurubis der CIR zukommen ließ, im Detail geprüft hat.

## 5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Aurubis hätte nie Kupfererz von Minera Panamá importieren dürfen, da es sich um eine Megamine handelt, die ohne Konzessionsvertrag durch den Abbau und die Weiterverarbeitung von Kupfererz enorme Umweltauswirkungen verursachte und trotz der vorläufigen Schließung weiterhin verursacht. Die mangelnde rechtliche Grundlage der Rohstoffausbeutung barg großes Konfliktpotential, das

---

<sup>15</sup> Vgl. ELAW (2024), S. 6.

<sup>16</sup> Vgl. Ebd., S. 10.

<sup>17</sup> Vgl. Ebd., S. 6.

<sup>18</sup> Vgl. Ebd., S. 8.

<sup>19</sup> Vgl. Prensa Latina: Expertos alertaron sobre riesgos ambientales en Minera Panamá, 12.12.2024: <https://www.prensa-latina.cu/2024/12/12/ambientalistas-alertaron-sobre-riesgos-ambientales-en-minera-panama/>

schließlich im Zuge der staatlichen Repression im Oktober und November 2023 zu Todesopfern und Menschenrechtsverletzungen führte. Zudem besteht die Gefahr, dass das Rückhaltebecken in der Mine brechen könnte, was schwerwiegende Folgen auf Leib und Leben von Anwohner\*innen nach sich ziehen könnte. Aufgrund der großen Mengen des importierten Kupfererzes trägt Aurubis eine Mitverantwortung für die Menschenrechtsverletzungen und fortbestehenden Risiken im Zusammenhang mit der Mine. Das BAFA sollte Aurubis mindestens auffordern, dafür zu sorgen, dass

- die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser langfristig gewährleistet wird.
- der Bevölkerung umfassende Gesundheitschecks und medizinische Versorgung garantiert werden.
- die Qualität der Böden und Gewässer langfristig überwacht wird.
- wirksame Präventionsmaßnahmen gegen einen Bruch der Rückhaltebecken und weiterer umweltbezogener Gefährdungen der Bevölkerung ergriffen werden.

Aurubis sollte diese Ergebnisse im Rahmen seiner Kommunikation mit First Quantum Minerals und unter Einbeziehung der betroffenen Menschen erreichen. Wenn nötig, sollte Aurubis dafür eigene finanzielle Mittel einsetzen.